Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 45 (1972)

Heft: 4

Artikel: Militärpolitische Perspektiven der 70er Jahre

Autor: Rosenkranz, Paul

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-518172

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Militärpolitische Perspektiven der 70er Jahre

Dr. Paul Rosenkranz, Horw

Zwei Probleme, die den Schweizer Bürger und Soldaten oft beschäftigen dürften, sollen nachstehend beleuchtet und zu beantworten gesucht werden, nämlich

- die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den 70er Jahren, und
- die Auswirkungen dieser Veränderungen auf die europäische und die schweizerische Situation, namentlich auf ihre militärpolitische Lage.

1. Weltpolitische Perspektiven der 70er Jahre

Versucht man eine Phaseneinteilung der Nachkriegszeit, so erhält man etwa folgendes Bild:

1. Phase 1945 – 60 Die Zeit der bipolaren Welt, des kalten Krieges, der Teilung in einen West- und einen Ostblock. Es ist die Nachkriegszeit. In Europa baut man wieder auf. Die Koalition der Sieger ist zerfallen. Nato und Warschauer Pakt werden gegründet. Der Kommunismus macht Fortschritte in Osteuropa und im Fernen Osten.

2. Phase 1960 – 70 Die Zeit des Tauwetters und der friedlichen Koexistenz. Europa und Japan haben sich erholt. Neue Mächte — unter ihnen Frankreich, vor allem aber Rotchina — nehmen die Beherrschung der Welt durch die beiden Supermächte nicht einfach mehr hin. Die Blöcke erhalten Risse. Die Welt wird politisch multipolar; militärisch bleibt sie bipolar.

Es ist denkbar, dass eine dritte Phase — die bereits begonnen hat — etwa so aussehen wird:

3. Phase seit 1970 Es entsteht ein eigentliches Weltmächtesystem, beruhend auf den Supermächten UdSSR, USA und Rotchina, und einigen Mächten zweiten Ranges, zu denen Japan und einige westeuropäische Mächte gehören werden (Europa tritt politisch nicht als Einheit auf). Innerhalb der Supermächte scheinen die nächsten Jahre eine allmähliche Annäherung zwischen den Vereinigten Staaten und Rotchina, und zunehmende Konflikte zwischen Rotchina und der Sowjetunion zu bringen.

a) *Die Annäherung zwischen den Vereinigten Staaten und Rotchina*

Diese Annäherung hat — namentlich seit der Ankündigung von Präsident Nixons Pekingreise — sichtbare Formen anzunehmen begonnen, und einiges Erstaunen ausgelöst. So erstaunlich ist der Vorgang aber nicht. Von 1842 — dem Jahr, in dem China durch die Kolonialmächte «geöffnet» wurde — bis 1949 gibt es ein Jahrhundert chinesisch-amerikanischer Freundschaft. Die Amerikaner haben weder im 19. noch im 20. Jahrhundert — im Unterschied zu den andern Kolonialmächten — chinesischen Boden annektiert; und noch im Zweiten Weltkrieg waren die Amerikaner die wichtigsten Verbündeten Chinas im Kampf gegen Japan.

Der Bruch dieser Freundschaft erfolgte 1949. In diesem Jahr übernahmen die Kommunisten unter Mao Tse-tung die Macht in China. Die Vereinigten Staaten, tief beunruhigt über die weltweite Machtausdehnung des Kommunismus, machten sich damals in Europa daran, mittelst Marschallplan und Nato die rote Expansion aufzuhalten. In der Annahme, der Kommunismus sei eine einheitliche und zentral von Moskau aus gelenkte Macht, entschlossen sie sich zu gleichen Schritten auch im Fernen Osten: Sie nahmen den nach Formosa geflohenen Tschiang Kai-schek sowie das 1945 besiegte Japan unter ihren Schutz und errichteten im Pazifik ein ähnliches Bündnissystem wie in Westeuropa. Während es dort aber beim kalten Krieg blieb, kam es in der Folge an den Grenzen Chinas zu mehreren «heissen Konflikten», in denen sich chinesische und amerikanische Truppen direkt oder indirekt gegenüber standen: 1950 – 53 im Koreakrieg, 1957 / 58 in den Krisen um Formosa, und seit zehn Jahren in Vietnam.

Gerade der Vietnamkrieg scheint nun aber eine neue Wende in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen herbeizuführen. Er hat in den USA zu einer Reihe von Erkenntnissen geführt, die eine Änderung sowohl der chinesischen als auch der amerikanischen Aussenpolitik veranlassen könnten. Dazu gehört folgendes:

– Die Erkenntnis, dass der Kommunismus kein monolithischer Block ist. Solange aber die Vereinigten Staaten an der Südostflanke Chinas stehen, tragen sie dazu bei, dass der Riss zwischen China und der Sowjetunion einigermassen verdeckt bleibt.

– Eine Expansion Chinas in den südostasiatischen Raum ist aus demographischen (Überbevölkerung dieser Gegenden!), historischen und politischen Gründen kaum anzunehmen; China hat sich ja auch im Vietnamkrieg erstaunlich passiv verhalten.

– Auch wenn sich die Dominotheorie als richtig erweisen sollte, dürften kaum lebenswichtige Interessen Amerikas und der westlichen Welt tangiert werden. Es ist zwar wahrscheinlich, dass in absehbarer Zeit weitere südostasiatische Staaten kommunistisch werden; aber sie werden untereinander und zusammen mit China kaum einen einheitlichen kommunistischen Block bilden, da ihr Nationalismus und ihr natürlicher Reflex, die Unabhängigkeit gegenüber China zu bewahren, dies verhindern dürften.

– Die korrupten und vergreisten Regimes in Südvietnam und Formosa lohnen den amerikanischen Einsatz nicht länger.

– Vor allem aber hat sich in Amerika die Erkenntnis durchgesetzt, dass auch eine Supermacht wie die USA aus innen- und aussenpolitischen Gründen ihre weltweiten Engagements auf die Dauer nicht ohne Schaden tragen kann. Senator William Fulbright schreibt dazu in seinem Buch «Die Arroganz der Macht»: «Eine Nation, die zu sehr in die Aussenpolitik verstrickt ist, verausgabt ihr Kapital, das menschliche wie das materielle; früher oder später muss dieses Kapital erneuert werden, indem schöpferische Energien wieder von aussen nach innen umgeleitet werden. Ich bezweifle, dass irgendeine Nation dadurch dauerhafte Grösse erlangt hat, dass sie eine «starke» Aussenpolitik trieb. Aber viele sind zerbrochen, weil sie ihre Energien in auswärtigen Abenteuern verausgabten und zuliessen, dass sich die inneren Grundlagen verschlechterten.»

Die schwere gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise, in der sich die Vereinigten Staaten heute befinden, verleiht dieser Mahnung besonderen Nachdruck.

Aber auch China dürfte — aus wirtschaftlichen und politischen Gründen — an einer Normalisierung der Beziehungen zu den USA gelegen sein. Jedenfalls ist der Zeitpunkt abzusehen, wo einer Annäherung der beiden Mächte keine ernsthaften Hindernisse mehr im Wege stehen werden: Die Amerikaner ziehen sich aus Südostasien zurück, Vietnam wird geräumt, Formosa fallen gelassen, Japan immer selbständiger. Bleibt noch der ideologische Gegensatz; aber von der Reformation bis zum Zweiten Weltkrieg hat die Geschichte immer wieder bewiesen, dass realpolitische Interessen stärker sind als ideologische Differenzen.

b) *Der Konflikt zwischen China und der UdSSR*

Es ist zu erwarten, dass sich in den nächsten Jahren der Konflikt zwischen China und der Sowjetunion verschärfen wird.

Ideologische Gründe sprechen dafür: Die Tatsache etwa, dass beide Mächte die Führung des Weltkommunismus beanspruchen, während doch ihre Systeme — der Leninismus / Stalinismus und der Maoismus — grosse Unterschiede aufweisen, und zudem die eine Macht in erster Linie ihre nationalegoistischen Interessen verfolgt und konservativ geworden ist, während die andere noch dynamisch und weltrevolutionär auftritt.

Aber auch hier wiegen die realpolitischen Probleme schwerer als die ideologischen. Und realpolitische Gegensätze bestehen seit die russischen Zaren im 17. Jahrhundert Sibirien erobert und eine lange Grenze mit China errichtet haben, die über 7000 km misst. Vor allem aber bestehen de facto auch heute noch jene ungleichen Verträge aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, in denen die Zaren weite Gebiete Nordchinas annektierten. Die kommunistischen Führer haben diese Eroberungen nie zurückgegeben, und haben in dieser wie in so mancher anderen Beziehung die Nachfolge der Zaren angetreten.

An dieser Grenze, an den Flüssen Amur und Ussuri, gibt es Kämpfe seit mehreren Jahren. Eine Million Russen soll hier unter den Fahnen stehen. Die Spannungen wachsen. Im Norden sehen die Dinge eben anders aus als im Süden Chinas, sagt der russische Historiker Andrej Amalrik; denn hier «... liegen die riesigen, wenig besiedelten Landstriche Sibiriens und des Fernen Ostens, die sich einst unter chinesischem Einfluss befanden. Diese Territorien gehören dem Staat, der Hauptgegner Chinas in Asien ist und den China auf jeden Fall irgendwie ausschalten oder neutralisieren muss, um selbst die dominierende Rolle in Asien und in der ganzen Welt spielen zu können. Dabei

ist dieser Staat im Vergleich zu den USA ein viel gefährlicherer Rivale, der, totalitär und selbst zur Expansion neigend, in dieser oder jener Form von sich aus den ersten Schlag führen könnte».

Welche Form wird dieser Konflikt annehmen? Amalrik meint, China könne den Befreiungskrieg um diese Gebiete nicht anfangen, « . . . ohne vorher einen beträchtlichen Vorrat — wenn auch einen kleineren als die UdSSR — an thermonuklearen und konventionellen Waffen angesammelt zu haben. Davon, wie schnell China in der Lage ist, das zu tun, wird also offenbar der Zeitpunkt des Kriegsbeginnes abhängen. Wenn man als kürzeste Frist fünf und als längste zehn Jahre annimmt, ergibt sich, dass der Krieg zwischen der UdSSR und China irgendwann in der zweiten Hälfte der 70er Jahre beginnen dürfte . . . Auch wenn China über ein beträchtliches Potential an Atomraketen verfügt, wird es, glaube ich, nichtsdestoweniger den Krieg mit konventionellen oder sogar mit Partisanenmethoden beginnen, um seine kolossale zahlenmässige Übermacht sowie seine Erfahrung im Partisanenkrieg auszunutzen . . . Daneben wäre es auch denkbar, dass es zu einem Krieg ohne eigentlichen Kriegsbeginn kommt . . . Auf diese Weise wäre es sehr schwierig zu bestimmen, wann der Atomschlag gegen China geführt werden muss».

c) *Die Erschütterung der Blöcke*

Der Konflikt zwischen der Sowjetunion und Rotchina zeigt, dass die Kraft ideologischer Überzeugungen zur Bildung von Blöcken geringer geworden ist. Stärker als Ideologien erweist sich der Nationalismus. Es gibt ihn überall, und Senator Fulbright meint, dass die Grossmächte — auch die USA — die Tatsache anerkennen müssten, « . . . dass der Nationalismus in der Welt von heute die stärkste einzelne politische Kraft ist . . . » Man glaubte ihn in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg überwunden; die Herrschaft der Supermächte hat ihn aber neu belebt. Es ist eine seltsame Inkonsequenz des Westens, dass er glaubt, den Nationalismus östlich des eisernen Vorhangs — in Polen, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und in der Tschechoslowakei — fördern, den eigenen, französischen und englischen Nationalismus aber ignorieren oder in einer raschen Integration aufheben zu können. Der Nationalismus ist so alt wie die europäische Neuzeit, und er ist von den Kolonialmächten auch über die ganze Welt verbreitet worden. Die Dritte Welt ist heute wirklich eine dritte Welt geworden, die weder zum einen noch zum andern Block gehören will. Oberst Banzer sagte wenige Tage nach seinem geglückten Staatsstreich in Bolivien: «Wir streichen die Begriffe links und rechts aus unserem Vokabular. In Zukunft sprechen wir nur noch von Nationalismus.» Diesen Ländern geht es vor allem um Unabhängigkeit, Ehre, Ansehen und wirtschaftlichen Aufstieg; unzählige nationalistische Revolutionen — oft mit sozialrevolutionärem Einschlag — werden noch um dieser Ziele willen ausbrechen. Sie bringen ein Element der Unruhe in die politische Welt der 70er Jahre. Ihre Gefährlichkeit liegt darin, dass solche Bewegungen paradoxerweise nicht selten Grossmächte um Hilfe rufen — so in Kuba, im Nahen Osten und im indisch-pakistanischen Konflikt — so dass diese Auseinandersetzungen ihren lokalen Charakter verlieren und zu weltpolitischen Konfrontationen führen können.

2. Die europäische Situation

Wendet man sich nun Europa zu, so drängt sich die Vermutung auf, dass sich seine Lage bei dieser weltpolitischen Konstellation verbessert habe. Es ist gleichsam in den Windschatten der Geschichte geraten. Schaupaltz der Weltgeschichte scheint immer mehr der Pazifik zu werden. Dorthin wenden sich die Weltmächte; die Vereinigten Staaten, vor allem aber die Sowjetunion, kehren Europa den Rücken zu. Das kann bedeuten, dass ihr Druck auf Europa nachlässt. Es ist denkbar, dass dadurch die Lösung der wichtigsten europäischen Probleme — die «Befreiung Osteuropas», die Einigung Deutschlands und die Schaffung eines Neuen Europas vom «Atlantik bis zur Weichsel» — erleichtert wird. Amalrik meint: «Da die derzeitige Lage in Europa nur durch den ständigen Druck der Sowjetunion aufrechterhalten wird, kann man annehmen, dass in Mittel- und Osteuropa bedeutende Veränderungen vor sich gehen werden, sobald dieser Druck nachlassen oder ganz aufhören sollte.»

Man wird sich aber vor Augen halten müssen, dass diese Veränderungen nicht ohne heftige Auseinandersetzungen vor sich gehen werden. Ein neues Europa — sofern es überhaupt dazu kommt — wird unter heftigen Bewegungen in die Geschichte eintreten. Und ob es überhaupt so weit kommen wird, das wird weiterhin von der Sowjetunion abhangen. Welche Haltung gegenüber Europa wird diese aber bei den veränderten Verhältnissen an ihrer Ostfront einnehmen?

An dieser Frage scheiden sich die Geister. Ist die Sowjetunion eine europäische oder eine asiatische Macht? Ist sie Vorposten Europas in Asien, oder eine fremde, unheimliche Macht, die schwer auf Europa — diesem «Kleinen Vorgebirge Asiens» — liegt? Ist sie das Russland der Tataren oder das Russland Peters des Grossen? Ist diese Macht konservativ oder revolutionär, defensiv oder agressiv? Und schliesslich: Will sie Frieden mit Europa oder will sie die Liquidation Europas?

Beiden grundsätzlichen Möglichkeiten der russischen Europapolitik wird nachzugehen sein.

a) *Russische Befriedungspolitik in Europa*

«Der Sieger ist immer pazifistisch,» sagte Lenin einmal. Gilt das auch für die Sowjetunion, den Sieger von 1945? Ist ihre Politik konservativ, auf Erhaltung des Gewonnenen bedacht? Und sehen ihre Führer gute sowjetische Aussenpolitik — angesichts der Bedrohung im Osten — in einer Entspannungspolitik im Westen?

Anzeichen dafür gibt es. Im Teststoppvertrag von 1963 und im Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen von 1967, in der Kubakrise und in Vietnam, im Nahen Osten und bei den neuesten Berlin- und Deutschlandvereinbarungen hat die UdSSR Konflikte zu vermeiden und den status quo aufrecht zu erhalten gesucht. Aber eben: Bei diesem status quo fühlt man sich in Europa nicht wohl. Er hat zwar seit 1945 eine recht lange Epoche des Friedens — einer «pax atomica» zwar — gebracht, aber der ungeheure und immer wachsende Druck der Sowjetunion lässt ihn stets gefährdet erscheinen. Die Frage stellt sich, ob sich diese Rüstungen mit der traditionell vorsichtigen Aussenpolitik Russlands und mit seinen Befürchtungen vor einer neuen Invasion — die Churchill immerhin noch 1956 als «tief und aufrichtig» bezeichnet hat — genügend erklären lassen. Jedenfalls wird — oder sollte — keine europäische Sicherheitskonferenz erfolgreich sein, wenn nicht von russischer Seite durch massive Abrüstungen deutliche Anzeichen des Entspannungswillens vorliegen. Bis dahin ruft weiterhin die Stärke des einen der Stärke des andern.

Wenn die Entspannungsbemühungen aber auch Erfolg haben und zu Abmachungen führen sollten, bedeutet das noch nicht den Anbruch paradiesischer Zustände in Europa. Russland ist nie ein besonders zuverlässiger Bündnispartner gewesen, und Amalrik selbst sagt von seinem Vaterland: «Alle seine Bundesgenossen hat es verraten, sobald es darin nur den geringsten Vorteil sah; niemals hielt es irgendwelche Vereinbarungen wirklich ein, und niemals hatte es mit irgend jemandem irgend etwas gemeinsam.»

b) *Russische Machtpolitik in Europa*

Jeder Gymnasiast weiss, dass der Vormarsch Russlands nach Westen eine der grossen Konstanten der neueren europäischen Geschichte ist. Vom Fall Konstantinopels 1453 — seit dem sich Moskau als das dritte Rom bezeichnet und Anspruch auf Weltherrschaft und den Hort der Rechtgläubigkeit erhebt — bis zum Einmarsch in Berlin 1945 und in Prag 1968 zieht sich dieser rote Faden durch die russische Geschichte. Immer hat Russland die Schwäche seiner Nachbarn zu Vorstössen auf deren Kosten ausgenützt: die Schwäche Polens im 18. Jahrhundert, die Schwäche der Osmanen im 19. Jahrhundert, die Schwäche Deutschlands im 20. Jahrhundert.

Wird nun die Schwäche Europas die Sowjetunion zu weiteren Vorstössen veranlassen? Soll Europa «Finnlandisiert» — das heisst in leichtere — oder «Ungarisiert» — das heisst in deutliche Abhängigkeit von der Sowjetunion gebracht werden? Es ist jedenfalls deutlich, dass die Vormachtstellung der Sowjetunion in den letzten Jahren ausgeprägter geworden ist. Die Tatsachen sind bekannt: Klares konventionelles Übergewicht des Warschauer Pakts gegenüber der Nato, deutliche nukleare Überlegenheit der Sowjetunion gegenüber den Vereinigten Staaten, Verstärkung der sowjetischen Position in Osteuropa seit 1968 und im Mittelmeer seit dem 6-Tage-Krieg 1967. Besonders gross sind die Rüstungen bei den strategisch wichtigen Verbänden, bei den Raketentruppen, der Kriegsflotte und der Luftwaffe. Das Flottenjahrbuch berichtete schon 1970, « . . . die Sowjetunion verfüge gegenwärtig über die Superflotte einer Supermacht, und zwar sowohl nach Zahl und Ausstattung der Kriegsschiffe als auch hinsichtlich ihrer Präsenz in den Weltmeeren. Die sowjetische Kriegsmarine übertreffe jene der USA in manchen Kriegsschiffkategorien bereits zahlenmässig und zum Teil auch qualitativ . . . » Es ist offensichtlich, dass die Sowjetunion auf dem Weg von einer Kontinental- zur Weltmacht ist, und dass sie sich gegenwärtig die militärischen Mittel verschafft, um jederzeit überall eingreifen zu können. Der amerikanische Weltpolizist ist durch den sowjetischen ersetzt worden.

Diese Situation ist um so ungemütlicher, als die militärische Paktorganisation des Westens — die Nato — schwächer geworden ist. Ihre Flanken sind bedroht; Malta und Island scheren aus. Ihre Südflanke wird von lauter politisch unstabilen Partnern gebildet: Portugal steht noch im vordemokratischen Zeitalter, Italien ist politisch gelähmt, Griechenland und die Türkei leben unter Krisenregimes. Die Truppenbestände werden verdünnt, nicht zuletzt die amerikanischen. Vor allem aber leidet die Nato an einer tiefen Vertrauenskrise. In dem Augenblick nämlich, als Amerika von der totalen zur flexiblen Abschreckung überging, waren konventionelle Kriege in Europa wieder möglich und tauchte die fürchterliche Erinnerung an Europa als Schlachtfeld der Nationen auf. J. R. von Salis schreibt dazu: «Indem die strategische Doktrin des Pentagons unter MacNamara den — für unwahrscheinlich gehaltenen — sowjetischen Angriffskrieg gegen Westeuropa zunächst mit konventionellen Streitkräften aufhalten und taktische Nuklearwaffen nur im Falle einer drohenden Niederlage einsetzen wollte, eröffnet sie für die europäichen Verbündeten die unerfreuliche Aussicht, dass taktische und auf einer letzten Stufe auch strategische Atomwaffen von den Amerikanern erst eingesetzt würden, wenn grosse Teile Europas bereits vom Feinde erobert und besetzt wären.» Und der französische General André Beaufre folgerte daraus: «Die Abschreckungswirkung, die in den Tagen der massiven Vergeltung absolut war, schien ernstlich erschüttert zu sein, und innerhalb des Bündnisses breitete sich ein tiefes Unbehagen aus.» Frankreich hat mit seiner Militärpolitik die Konsequenzen aus dieser Situation gezogen.

Man wird also die militärpolitische Lage Europas der 70er Jahre etwa so umschreiben dürfen: Eine geschwächte Nato sieht sich einer Sowjetunion gegenüber, die zwar — angesichts ihrer Chinaprobleme — unter Umständen zur Entspannung geneigt ist, dafür aber noch keine deutlichen Beweise geliefert hat; eventuell könnte die UdSSR aber auch versuchen, durch militärischen Druck jene Konzessionen von Europa zu erreichen, die ihr gestatten, die eigene Westfront zu entlasten. Jedenfalls aber dürfte die Sowjetunion unzuverlässiger und unberechenbarer werden als in den vergangenen Jahren.

3. Die militärpolitische Situation der Schweiz

Mit der Darlegung der Situation Europas dürfte auch die militärpolitische Lage der Schweiz in grossen Zügen umschrieben sein. Die Schweiz ist zwar in mancher Beziehung ein historischer Sonderfall; einen Sonderfall Schweiz wird es aber in Zukunft — was ihre militärische Tage anbetrifft — kaum noch einmal geben.

Es soll daher im Folgenden nur noch ein Problem herausgegriffen werden: Die militärpolitische Lage der Schweiz scheint sich in letzter Zeit verschlechtert zu haben. Äussere — von der Schweiz nicht beeinflussbare — Vorgänge spielten mit. So könnten die erwähnte Brüchigkeit der Nato-Südflanke und neuerdings die Verdünnung der österreichischen Heeresbestände durch die geplante Heeresreform dazu führen, dass die Schweiz eines Tages gleichsam zum «Nachbarn der Sowjetunion» wird. Ausserdem bedeutet die Tatsache, dass einer unserer Nachbarn — nämlich Frankreich — selbständig über Atomwaffen verfügt, vermehrte Druckmöglichkeiten auf die Schweiz.

Ferner haben innere Gründe die militärpolitische Situation der Schweiz darum verschlechtert, weil sie Lücken in die Verteidigungsfähigkeit rissen und damit die Abschreckung verringerten. Es ist eine oft gehörte Ansicht, die Schweiz solle ihren Friedenswillen manifestieren, indem sie ein für allemal auf atomare Bewaffnung verzichte und dem Atomsperrvertrag beitrete. Man übersieht dabei, dass dadurch die Abschreckung erheblich vermindert, Erpressung und Krieg aber nicht verhindert und der Friede also nicht gesichert würde. Dazu schreibt Gustav Däniker in seiner «Strategie des Kleinstaates»: «Sobald der Krieg die atomare Schwelle überschreitet oder bereits dann, wenn atomare Drohungen glaubwürdig werden, spielt die Abschreckung des nichtatomaren Staates nicht mehr, nicht einmal die begrenzte, defensive Abschreckung des Kleinstaates, da er die Siegeshoffnung des Gegners nicht zu beeinträchtigen vermag. Es mag weltpolitische Faktoren geben, die sich auch in diesem Fall noch zugunsten des Kleinen auswirken; beeinflussen kann er diese jedoch nicht. Sein Anspruch, nicht nur passiv hinzunehmen, was andere mit ihm vorhaben, ist vom Moment des Verzichts auf Abschreckung auf atomarer Ebene dahingefallen.»

Auf einer tieferen Ebene hat die Abschreckung aber auch gelitten durch die Schwächung der Wehrfähigkeit — aus physischen und psychischen Gründen — und durch die Schwächung des Wehrwillens. Pazifistische Strömungen sind heute weit verbreitet. Dem sogenannten politischen Pazifismus — der meist gar keiner ist — wird schwer beizukommen sein. Verbreiteter ist heute

aber der Pazifismus aus Ignoranz: In Unkenntnis der Weltlage glaubt man, auf die Landesverteidigung verzichten zu können. Und diesen Pazifismus zumindest sollte man bekehren können. Mit Liedern in der Art des Gefreiten Schreiber geht das freilich nicht mehr. Man sollte endlich für unsere Rekrutenschulen, für die Unteroffiziers- und Offiziersschulen, aber auch für die Wiederholungskurse einen gediegenen Unterricht über politische und militärpolitische Probleme aufbauen.

Literaturhinweis:

- *Andrej A. Amalrik:* Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben? Zürich 1970.
- *André Beaufre:* Die Nato und Europa, Stuttgart 1967
- *Gustav Däniker:* Strategie des Kleinstaates, Frauenfeld 1966.
- *J. William Fulbright:* Die Arroganz der Macht, Hamburg 1967.
- *R. S. MacNamara:* Die Sicherheit des Westens, Wien — München — Zürich 1969.
- *J. R. von Salis:* Geschichte und Politik, Zürich 1971.
- Institute for Strategic Studies, London: The Military Balance 1970 / 71

Schweizerischer Waffenexport und Entwicklungsländer

Manch einer, der die Initiative auf Verbot des Waffenexportes unterschrieben hat, welche von Kreisen um den sogenannten schweizerischen Friedensrat stammt, fand wohl, dass ein neutrales Land wie die Schweiz aus Prinzip keine Waffen exportieren sollte. Es scheint ja auf den ersten Blick wirklich paradox, wenn einerseits Anstrengungen zur Verbesserung des Lebensstandards der dritten Welt unternommen werden, dieser aber gleichzeitig Kriegsmaterial verkauft wird. Berichte aus verschiedenen Entwicklungsgebieten der Welt verstärken diese gefühlsmässige Beurteilung, indem sie zeigen, dass vielfach Kriegsmaterial nur geliefert und «verschenkt wird», um politische und wirtschaftliche Vorteile zu ergattern. Für uns gilt es, das Problem in den richtigen Proportionen zu sehen.

Schweizer Waffen ermöglichen keine Kriege

Das internationale Friedensforschungsinstitut in Stockholm (SIPRI) hat soeben eine umfangreiche Studie über den Waffenhandel mit der Dritten Welt veröffentlicht. In der Dokumentation wird dargelegt, dass es vor allem die vier Grossmächte sind, welche dieses Geschäft betreiben. Über 90 % aller Waffenlieferungen seit dem Zweiten Weltkrieg erfolgten durch die USA, Russland, Grossbritannien und Frankreich.

Demgegenüber ist der Anteil der schweizerischen Ausfuhr am Waffenhandel der Welt — ohne leichte Infanteriewaffen und Kanonen, die vom Institut als nur unvollständig erfassbar bezeichnet werden — verschwindend klein. Er beträgt erheblich weniger als 1 %. Mit dieser Quote befindet sich die Schweiz mit Schweden am Schluss der «Rangliste» unter den Industriestaaten der Welt.

Die Grossmächte haben in den letzten 20 Jahren an 91 Länder der Dritten Welt zu recht unterschiedlichen Bedingungen Waffen geliefert. War es zu Beginn in erster Linie «Surplus»-Material des Zweiten Weltkrieges oder billiges Kriegsmaterial, so werden heute an verschiedene Staaten auch modernste Waffen geliefert, ja sogar solche, von denen man wirklich nicht weiss, wozu der Empfängerstaat sie gebrauchen soll. Entsprechend der verfolgten Machtpolitik oder den wirtschaftlichen Absichten werden diese Waffen «geschenkt» oder gegen wirtschaftlich-politische oder militärische Konzessionen eingetauscht. Offenbar eignet sich solcher Handel vorzüglich, um seinen Einfluss in dem nach Abzug der Kolonialmächte entstandenen Vakuum zu vergrössern.

Ganz anders das Ziel der schweizerischen Waffenexporte. Kleinstaaten, die wie die Schweiz im Interesse einer glaubwürdigen Landesverteidigung eine eigene Rüstungsindustrie unterhalten, sind auf einen gewissen Waffenexport angewiesen, um ein genügendes Potential aufrechterhalten zu können, eine breitere Verteilung der Entwicklungs- und Produktionskosten zu erzielen und um eine breitere Erfahrungsbasis im internationalen Wettbewerb zu gewährleisten. Weil nur gegen Bezahlung verkauft wird, ist der Kreis der möglichen Abnehmer schweizerischer Waffen begrenzt.